

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

zu Drs. 22/9443

Betr.: Obdachlosigkeit bis 2030 beenden: Masterplan endlich umsetzen

Seit Jahren berichten Straßensozialarbeit und Initiativen der Obdach- und Wohnungslosenhilfe von einer zunehmenden Verelendung der obdachlosen Menschen in Hamburg. Dass nun auch der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte bei diesem Thema „dringenden Handlungsbedarf“ sieht und Housing First als „richtigen Ansatz“ gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ anerkennt, ist eine erfreuliche Nachricht. Bereits im September 2021 hat die Linksfraktion einen entsprechenden Antrag zur Umsetzung eines Masterplans in die Bürgerschaft eingebracht, der mehrheitlich – auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion – abgelehnt wurde. Umso überraschender ist deshalb, dass die CDU nun Obdachlosigkeit bekämpfen und einen entsprechenden Masterplan ebenfalls auf den Weg bringen möchte. Es steht also zu befürchten, dass es der CDU weniger um den Kampf gegen Obdachlosigkeit, als um PR-Hascherei geht.

Die Nachhaltigkeitsziele der UN und das EU-Parlament verpflichten Staaten dazu, Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es neben konkreten Handlungsvorschlägen eine Selbstverpflichtung des Senats, die Zahl der Menschen in Obdach- und Wohnungslosigkeit in den nächsten Jahren drastisch zu reduzieren. Statt großer zentraler Unterkünfte braucht es ein Hilfesystem, das gangbare und kurzfristige Wege in ein selbstbestimmtes Leben aufzeigen kann und die Perspektive Wohnraum für alle ermöglicht. Vor diesem Hintergrund ist die Implementierung eines Modellprojekts Housing First mit 30 Plätzen zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, kann aber nur ein Anfang sein. Prävention zur Vermeidung von Wohnungsverlusten muss weiterhin gestärkt und in den Ausbau der Straßensozialarbeit massiv investiert werden.

Der Berliner Senat hat bereits Ende letzten Jahres einen Masterplan zur Beendigung der Obdachlosigkeit erarbeitet. Hamburg sollte dahinter nicht zurückbleiben und einen Masterplan zur Beendigung der Obdachlosigkeit auf Hamburgs Straßen bis 2030 erarbeiten. Dieser Prozess sollte gemeinsam mit Betroffenen, ihren Initiativen sowie den wesentlichen Akteur:innen der Obdach- und Wohnungslosenhilfe und Wohnungswirtschaft gestaltet werden. Nur so gelingt es, dass dieser Plan auch von einem breiten Bündnis getragen und gestaltet wird.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich dem Ziel, Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, zu verpflichten,
2. einen Masterplan mit Handlungsleitlinien und -maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels zu erarbeiten,

3. verbindliche Zwischenziele zur Reduktion der Obdachlosigkeit zu definieren,
4. um die Handlungsleitlinien und -maßnahmen zu konkretisieren, gemeinsam mit Betroffenen, ihren Initiativen sowie den wesentlichen Akteur:innen der Obdach- und Wohnungslosenhilfe und Wohnungswirtschaft jährliche Strategiekonferenzen durchzuführen,
5. der Bürgerschaft über den Stand der Umsetzung zum 31.01.2023 und dann fortlaufend zu berichten.